

## Editorial #12, 29.7.2020

Eine wichtige Entwicklung in letzter Zeit war die Ankündigung des „Plan Paso a Paso“ von Teilen der Regierung (übersetzt: Schritt-für-Schritt-Plan“. Indes gibt es noch recht unklare Kriterien, um den Wechsel von einem Schritt zum nächsten festzulegen. Insbesondere ist nicht klar ob es weitere, zusätzliche Kriterien geben wird und ob die kompletten Daten öffentlich zugänglich sein werden, die es erlauben werden zu verstehen, wie sie ermittelt wurden. Dies ist höchst besorgniserregend, da bedeutende Einschränkungen wie der Erhalt der nächtlichen Ausgangssperre, die nicht ohne explizite Voraussetzungen fortgeführt werden dürfen, nach Belieben von der Staatsgewalt fortgesetzt werden.

Dies ist besorgniserregend aus zwei Gründen. Zum einen könnte eine voreilige Lockerung der Vorsichtsmaßnahmen einen Anstieg der Infektionszahlen bedeuten und wir würden erneut einen „peak“ sehen, den wir bereits kürzlich hatten, dies betrifft aber nicht alle Personen gleich. Es sind vor allem die ärmeren Bevölkerungsgruppen und die Krankenhäuser, die diese Menschen betreuen, die am härtesten betroffen sind und die die höchsten Todesfallzahlen haben, wo das Pflegepersonal geradewegs unter der Belastung zusammenbricht. Es ist essenziell, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um nicht wieder diesen Punkt zu erreichen und die Gesundheit der gesamten Bevölkerung in gleichem Maße wiederzuerstellen und zu bewahren.

Es zeigt sich, dass die ergriffenen Maßnahmen zu einem Mittel werden, um zu verhindern, dass Menschen demonstrieren, vor allem aus bestimmten Gründen. Uns beunruhigt sehr der Bericht über eine Frau, die vor ihrem Haus eine Demonstration aufzeichnete, die für die Forderung nach der Auszahlung von 10% aus dem Rentenfonds (AFP) stattfand. Sie wurde von der Polizei festgenommen und schwer misshandelt, obwohl sie eine temporäre Ausgangsgenehmigung hatte und sich direkt vor ihrem Haus befand.

Auch sehen wir, wie eine Demonstration, die die „Ablehnung“ des nächsten Volksentscheids zu einer neuen Verfassung forderte, anscheinend von der Polizei begleitet wurde mit dem Argument, dass sie eine temporäre Erlaubnis hätten. Natürlich müssen die Demonstrationen alle erforderlichen Hygienemaßnahmen einhalten, aber diese Regeln müssen für alle Menschen klar und gleich sein, unabhängig vom Grund, aus dem sie demonstrieren, und ihre Nichteinhaltung rechtfertigt in keinem Fall eine übermäßige Gewaltanwendung.

Wir beenden dieses Editorial ein weiteres Mal indem wir unsere Besorgnis über die Situation in Wallmapu ansprechen. Die 27 inhaftierten Mapuche in Temuco, Angol und Lebu befinden sich weiterhin im Hungerstreik. Heute [29.07.20], entschied ein Gericht in Temuco über die Zwangsernährung des Machi Celestino Córdova, was beunruhigend ist. Wie wir in unserem offenen Brief in der vergangenen Woche hervorgehoben haben, ist die

Zwangsernährung einer Person, die sich im Besitz ihrer geistigen Kräfte befindet, nicht zu rechtfertigen und würde unter gewissen Umständen Folter darstellen.

Auch haben wir die Verhaftung von 11 Personen im Rahmen eines Protestes im Meldeamt von Temuco weiterverfolgt. Die verhafteten Personen geben an, während ihrer Haft misshandelt worden zu sein. Dies ist umso besorgniserregender, als sich unter den Inhaftierten zwei schwangere Frauen befinden, von denen eine stillt und die andere sich in einer medizinischen Behandlung befindet. Wir fordern, dass die Vorwürfe der Misshandlung ordnungsgemäß untersucht und alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um den Schutz der Rechte und der Gesundheit dieser Frauen zu gewährleisten.